

Konflikt im Klinikum Weimar: Kirche klagt gegen Streikaufrufe der Verdi

Klinik-Betreiber in Weimar klagen gegen Verdi, um Streiks zu verhindern, während Pflegekräfte für bessere Löhne kämpfen.

In Weimar haben die Beschäftigten des Sophien- und Hufeland Klinikums ihren Unmut über die derzeitige Bezahlung und die fehlende Mitbestimmung geäußert. Die Situation hat sich in den letzten Monaten zugespitzt, was dazu geführt hat, dass die Mitarbeitenden mit Streikaktionen drohen. Diese Forderungen treffen dabei auf Widerstand seitens der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), der Diakonie und des Klinikums, die nun juristische Schritte einleiten.

Juristische Schritte gegen Verdi

Am Montag wurde bekannt gegeben, dass die genannten Institutionen beim Arbeitsgericht in Erfurt eine Klage gegen die Gewerkschaft Verdi eingereicht haben. Der Grund für diese rechtlichen Schritte sind die anhaltenden Aufrufe zur Streikankündigung durch die Gewerkschaft. Kirchengleichnisse, wie die des Sophien- und Hufeland Klinikums, sehen gemäß den kirchlichen Arbeitsrichtlinien keine Streiks vor. Zudem wird argumentiert, dass eine Verhandlung über Tarifbedingungen durch die Gewerkschaft nicht rechtmäßig sei.

Die Perspektive der Beschäftigten

Verdi erhebt jedoch Einspruch gegen diese Argumentation und unterstützt die Mitarbeitenden bei ihren Forderungen nach

höheren Löhnen. Die Gewerkschaft kritisiert, dass die Löhne der Klinikbeschäftigten zum Teil erheblich unter den Tarifen des öffentlichen Dienstes liegen. Im Juni beteiligten sich daher etwa 200 Beschäftigte an einer aktiven Mittagspause, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Dies zeigt, wie stark der Druck vonseiten der Belegschaft ist und wie wichtig diese Themen für die Mitarbeitenden sind.

Vereinbarungen im Diakonievertrag

Die Kirche, die Diakonie und das Klinikum verweisen auf die geltenden Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonie Mitteldeutschland. Anfang des Jahres wurde eine Lohnerhöhung von 4,9 Prozent beschlossen, begleitend dazu wurde die Wochenarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden reduziert. Laut den verantwortlichen Institutionen ist auch für 2025 ein weiteres Lohnplus von 5,4 Prozent sowie ein zusätzlicher Urlaubstag vorgesehen. Insgesamt wurden seit 2019 Lohnerhöhungen von 30,6 Prozent verzeichnet.

Bedeutung für die Gemeinschaft

Die aktuelle Situation wirft ein Schlaglicht auf die Herausforderungen im Gesundheitswesen, insbesondere in kirchlichen Einrichtungen. Die Spannung zwischen den Lohnforderungen der Beschäftigten und den rechtlichen Rahmenbedingungen unter dem Kirchenrecht zeigt die Komplexität der Arbeitsbeziehungen in diesem Bereich. Diese Auseinandersetzung könnte nicht nur Auswirkungen auf die Mitarbeiter des Klinikums haben, sondern auch auf andere Einrichtungen gleichen Typs, was einen breiteren Trend in der Branche widerspiegelt. Die Frage nach fairen Löhnen und Mitbestimmung wird zunehmend wichtiger, während kirchliche Arbeitgeber versuchen, ihre Traditionen und gesetzlichen Grundlagen zu wahren.

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de